

Aus dem Inhalt

- Reformfähig sein, nicht bloß regierungsfähig !
Friedhelm Hengsbach
- Widerstand gegen die Agenda 2 Null 1 Null
Interview mit Henning Schierholz, Hannover
- Standpunkt der Herausgeber:
Übrigens (zur Feiertagsdebatte)
Paul Schobel, Stuttgart
- Flexibel sei der Mensch
Franz Segbers
- Das europäische Wirtschafts- und Sozialmodell
wetterfest machen
Rainer Hoffmann
- Gemeinsam gegen den Neoliberalismus
(Europäische Arbeiterpastoral)
Siegfried Ecker
- Sozialwort auf dem Kirchentag
Professorin Heimbach-Steins
- Aus der Redaktion
- Grafik: Wochenarbeitszeit

Reformfähig sein, nicht bloß regierungsfähig!

Am 1. Mai 2003 sprach Professor Dr. Friedhelm Hengsbach SJ auf der zentralen DGB-Kundgebung vor dem DGB-Vorsitzenden Michael Sommer und Bundeskanzler Gerhard Schröder. Die Rede Hengsbachs wurde nur am Rande erwähnt. Der ige dokumentiert sie daher in voller Länge - da sie eine aktuelle gesellschaftsethische Einordnung der sozialpolitischen Veränderungen und der so genannten Agenda 2010 vornimmt. (Red.)

Wer sucht, der findet. Ich habe manche lesenswerte Sätze in der so genannten Agenda des Bundeskanzlers gefunden: dass Deutschland zu den stärksten Volkswirtschaften Europas gehört, dass die Regierung das Recht auf Mitbestimmung nicht antastet, dass sie den Flächentarifvertrag nicht abschafft. Jeder soll die notwendige medizinische Versorgung unabhängig vom Alter und Einkommen erhalten. Der soziale Status soll nicht wieder an den Zähnen abgelesen werden können. Es sei ein Skandal, dass in Deutschland die Chance, ein Gymnasium zu besuchen, für einen Jugendlichen aus der Oberschicht 6-10mal so hoch ist wie für einen Jugendlichen aus einem Arbeiterhaushalt. Die weitaus größte Zahl unternehmerischer

Misserfolge haben nicht die Gewerkschaften zu verantworten, sondern es waren krasse kaufmännische und strategische Managementfehler, die mit millionenschweren Abfindungen vergoldet wurden.

Was sonst noch in der Agenda steht, hätte ich bei Ronald Reagan, Lady Thatcher, Graf Lambsdorff und Helmut Kohl schon lesen können. Seit 25 Jahren wird es von so genannten Sachverständigen und Journalisten gebetsmühlenartig wiederholt: Deutschland unter Globalisierungsdruck, vor einer demographischen Katastrophe, im Generationenkrieg und belastet mit erdrückenden Lohnnebenkosten. Nationalstaaten konkurrieren um das flüchtige Kapital, Empfänger von Sozialhilfe sind ohne Arbeitsanreize, der Sozialstaat ist eine einzige Wachstumsbremse, wir leben über unsere Verhältnisse. Ich verstehe nicht, wieso derartige Legenden plötzlich zu unabwiesbaren Fakten werden, nur weil die SPD sie nachplappert. Ich verstehe auch nicht, wieso die soziale Demontage, die unter der konservativ-liberalen Regierung keine Beschäftigungsimpulse ausgelöst hat, ein Wachstumswunder hervorzaubern soll, nur weil ein SPD-Kanzler sie anordnet. Neu ist, dass der alte Aberglaube, die sozialen Einschnitte seien notwendig, sich nun rotgrün eingefärbt hat. Neu ist auch, dass die Debatte über den Missbrauch sozialer Leistungen von den Stammtischen an den Kabinetttisch hinübergeschwappt ist - vielleicht ein Gipfel der so genannten Regierungsfähigkeit, aber die Talsohle der Reformfähigkeit. Der massive politische Druck, dass die Agenda ohne Alternative sei, und dass sie mit der Regierungsfähigkeit gekoppelt wird, ist eine Offenbarung reformpolitischer Schwäche. Wählt die Agenda des Kanzlers oder den Rücktritt des Kanzlers!? Reformpolitik verdampft hinter der Machtfrage, als wäre die Kanzler-Agenda der liebe Gott oder ein kategorischer Imperativ.

Die Regierungsfähigkeit an soziale Demontage zu knüpfen, müßte eigentlich die Selbstachtung der Sozialdemokraten verletzen. Ich verstehe unter Regierungsfähigkeit die notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung für ein Mandat, politische Macht einzusetzen, um soziale Reformen zu verwirklichen. Soziale Demontage in der gegenwärtigen Situation ist eine Kriegserklärung der Machteliten an die Schwachen und Benachteiligten der Gesellschaft. Wolfgang Thierse hat vor drei Jahren erklärt, die Gerechtigkeitsfrage sei in die Gesellschaft zurückgekehrt. Aber soziale Gerechtigkeit wird derzeit nach den Zerrbildern der politischen Klasse definiert, nicht aus dem Leidensdruck der Benachteiligten. In einer Zeit, da die gesellschaftlichen Spaltungstendenzen zunehmen, da die Risse zwischen Erwerbstätigen und Arbeitslo-

sen, Männern und Frauen, Reichen und Armen, Westdeutschen und Ostdeutschen größer werden, wäre es angemessen, soziale Gerechtigkeit in erster Linie als Korrektur der Einkommens- und Vermögensverteilung zu bestimmen, um die Ergebnisse jener natürlichen und gesellschaftlichen Lotterien auszugleichen, die durch unterschiedliche Begabung, Herkunft und wirtschaftliche Macht entstehen. Die Einschnitte der so genannten Agenda sind auch ökonomischer Nonsens: Sie beschleunigen die Spirale gesellschaftlicher Spaltung: Unsicherheit, Kaufkraftentzug, gedrücktes Geschäftsklima, Investitionsschwäche, öffentliche Verschuldung und weiteren Sozialabbau. Das politische Versprechen, mehr Ungleichheit in der Gegenwart lasse mehr Wohlstand und soziale Gerechtigkeit in Zukunft erblühen, wird nicht dadurch plausibel, dass an Stelle konservativ-liberaler Regierungen sozialdemokratische Eliten es abgeben. Regierungsfähigkeit messe ich nicht an dem Mutwillen zur sozialen Demontage, sondern am politischen Willen zum sozialen Ausgleich. Sozialdemokratische Politik wird nicht dadurch vernünftig, dass sie den Karren der Kapitaleigner und Arbeitgeber anschiebt. Vor allem aber messe ich die Regierungsfähigkeit an wirtschafts- und sozialpolitischen Reformvorhaben, die mehr als eine Wahlperiode überleben. Davon will ich drei nennen: Die Arbeit am Menschen, Arbeit, die mehr ist als Erwerbsarbeit und nicht weniger, sondern mehr Solidarität.

1. Arbeit am Menschen

Regierungsfähigkeit ist die Bedingung für die kollektive Anstrengung der Gesellschaft, jedem ihrer Mitglieder, das arbeiten kann und will, eine Gelegenheit zu bieten, durch eigene Arbeit den Lebensunterhalt zu verdienen. Politische Versprechen, das Ziel der Vollbeschäftigung zu erreichen, gibt es inzwischen genug. Kohl, Schröder, Hartz und jetzt noch Clement haben sich als Zauberkünstler versucht. Ist es verwunderlich, dass daraufhin Propheten das Ende der Arbeit verkünden? Aber es gibt noch genug unbefriedigte Bedürfnisse bei der Grundschrift der Bevölkerung und in den EU-Beitrittsländern, die Bürgermeister der Städte können dringende Aufgaben auflisten, die bisher unerledigt geblieben sind. Die Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene, eine ökologische Landwirtschaft und ein umweltverträgliches Energiesystem sind Zukunftsinvestitionen in öffentlich-privater Zusammenarbeit, die den Arbeitsmarkt beleben. Nach allen Erfahrungen ist der Arbeitsmarkt nicht selbst die Schlüsselgröße für mehr Beschäftigung. Er kommt in Bewegung, wenn sich vorher die Nachfrage nach Gütern belebt hat. Eine politische Logik, die von den Finanzmärkten her zu den realen Investitionen, zu den Gütermärkten, zu den Arbeitsmärkten und dann zu den Sozialleistungen

denkt, stellt die Agenda des Kanzlers vom Kopf der formalen Regierungsfähigkeit auf die Füße der Reforminhalte.

Die Industrie jedoch stellt keine Vollbeschäftigung mehr her. Der technisch bedingte Produktivitätsanstieg und die überdurchschnittliche Kapitalintensität der deutschen Wirtschaft bewirken, dass die nachgefragten Industriewaren mit immer weniger Arbeitskräften bereit gestellt werden. Bleibt dann für die Freigesetzten nur das Rasenmähen, Laubsammeln, Schuheputzen und Tütentragen? Manche schwärmen vom Dienstleistungssektor. Aber gehen die Banken und Versicherungen, Bahn und Post mit den neuen Techniken und ihren Arbeitskräften anders um als vorher die Industriebetriebe?

Die Zukunft der Arbeit ist die Arbeit am Menschen. Das sind personennahe Dienstleistungen - Heilen, Helfen, Pflegen, Begleiten, Beraten, jede Kulturarbeit, die Wissensarbeit in der Industrie, die Beziehungsarbeit in der Schule und im Krankenhaus, im Kindergarten, auf der Sozialstation und im Altenheim. Die Qualität dieser Arbeit ist jedoch anders zu bewerten als nach dem Maßstab der Produktivität, der sich in der Industrie bewährt hat, aber die Motivation der Angestellten in den Kliniken und Schulen vergiftet. Das Arbeitsvermögen der Menschen ist die kostbarste Ressource der deutschen Wirtschaft. Sie zu bilden und zu pflegen, sollte eine kombinierte öffentliche und private Aufgabe sein. Öffentlich, weil der Zugang zur Bildung und Erhaltung des Arbeitsvermögens in einer demokratischen Gesellschaft als ein Grundrecht angesehen wird. Privat, weil dessen konkrete Ausgestaltung auch der privaten Kaufkraftverteilung überlassen bleiben kann. Gewerkschaften und Betriebsräte sind die Garanten des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens. Darin sollten sie ihr ursprüngliches Mandat sehen. Die einzelwirtschaftlich und kurzfristig kalkulierenden Unternehmen nämlich nutzen und enteignen das Arbeitsvermögen ihrer Mitarbeiter. Nur begrenzt und im eigenen Interesse sind sie an seinem Schutz interessiert. Wer auf Betriebsräte und Gewerkschaften einprügelt, fördert den Raubbau und den Verschleiß des Arbeitsvermögens.

2. Nicht nur Erwerbsarbeit

Die Beteiligung an der Erwerbsarbeit ist der Hauptschlüssel, aber nicht der einzige Schlüssel persönlicher Identität und gesellschaftlicher Anerkennung. Eine Gesellschaft, die um die Erwerbsarbeit als ihren einzigen Brennpunkt zentriert ist, beschädigt ihre Lebensqualität.

Ein Verlust an Lebensqualität ist die immer noch hartnäckige sexistische Arbeitsteilung, die den Männern die Erwerbsarbeit zuweist und die Frauen zur Haus-

und Kinderarbeit dienstverpflichtet. Dieses schiefe Denk- und Lebensmuster ist wieder lebendig, wenn die Vereinbarkeit von Beruf und Familie als reines Frauenproblem behandelt und dadurch gelöst wird, dass ganztägige Betreuungsplätze für Kinder bereit gestellt werden. Auch Männern ist die Frage zu stellen, wie sie Erwerbsarbeit und Kinderarbeit miteinander vereinbaren wollen. Ein Raub an Lebensqualität ist der Druck der Arbeitgeber auf ihre Mitarbeiter, unfreiwillig bezahlte Mehrarbeit zu leisten. Betriebsräte und Gewerkschaften sollten die Kollegen vor dem totalen Zugriff der Arbeitgeber, vor unbezahlter Mehrarbeit und Selbstausbeutung schützen. Arbeit ist nicht das ganze Leben, schon gar nicht, wenn persönliche Interessen, Träume und Beziehungen auf dem Altar des Unternehmens geopfert werden. Betriebsräte und Gewerkschaften sollten sich nicht den Mund verkleben lassen. Über kollektive Arbeitszeitverkürzungen muss verhandelt werden, solange die Flexibilisierung der individuellen Arbeitszeit die Produktivität erhöht und bei unveränderter Nachfrage auch die Arbeitslosigkeit. Ein Entzug an Lebensqualität ist schließlich die von der Hartz-Kommission und von der Kanzler-Agenda verschärfte Nötigung zur Erwerbsarbeit. Ich stelle mir unter einer demokratischen Gesellschaft keine Horde von Arbeitstieren vor, die den Wert eines Menschen nach seiner gesellschaftlichen Arbeitsleistung misst.

Im Mittelpunkt der Arbeitspolitik sollte die gesellschaftlich nützliche Arbeit stehen. Die gibt es in drei Formen: zunächst als herkömmliche, markt- und geldwirtschaftlich organisierte Erwerbsarbeit. Dann als private Haus- und Kinderarbeit, die geschlechtsneutral und fair auf Männer und Frauen zu verteilen ist. Indem die Frauen den ihnen zukommenden Anteil an der Erwerbsarbeit behaupten, müssten die Männer gesetzlich und tariflich dazu gebracht werden, die Erwerbsarbeit intelligent zu verkürzen und ihren Anteil an der privaten Beziehungsarbeit zu übernehmen. Und schließlich das zivilgesellschaftliche Engagement, aber ohne die Aufteilung in Aufsichtsratsmandate für Männer und Krankenbesuche für Frauen. Diese drei Formen gesellschaftlich nützlicher Arbeit sind als gleichwertig anzuerkennen und vergleichbar sozial abzusichern - durch eine Kombination dreier Einkommensarten, nämlich eines Arbeitseinkommens, eines Kapitaleinkommens und eines Transfereinkommens.

3. Nicht weniger, sondern mehr Solidarität

Die so genannte Agenda des Kanzlers grenzt die gesellschaftliche Solidarität weiter ein, statt sie auszuweiten. Sie individualisiert und privatisiert ziemlich willkürlich gesellschaftliche Risiken, die den einzelnen Mitgliedern der Gesellschaft fahrlässig aufgeladen werden, ohne zu prüfen, ob ihre Schultern breit ge-

nug sind, sie zu tragen. Wer über hinreichend private Kaufkraft verfügt, kann sich individuell absichern. Für diejenigen, die dazu nicht in der Lage sind, muss ein komplizierter Verschiebebahnhof staatlicher Umverteilung installiert werden. Dies konnte bei der Riester-Rente schon beobachtet werden. Im Gesundheitssystem soll das riskante Experiment wohl wiederholt werden.



HOTEL ESTREL: SPD SONDERPARTEITAG MIT DER ZUSTIMMUNG DER SPD ZUR AGENDA 2010

Der Verdacht gegen die Solidarität, sie sei der Marktsteuerung unterlegen, wird seit Jahren lauthals propagiert. Sind die Argumente plausibel? Die Solidarität gestattet eine Gegenseitigkeit, die es auf dem Markt nicht gibt. Die Höhe des Beitrags richtet sich nach der Leistungsfähigkeit, der Hilfsanspruch richtet sich nach dem Bedarf. Dieses einseitige Gefälle an Gegenseitigkeit ist nur möglich, weil ein gemeinsames Interesse die Starken und Schwachen zusammen schließt, das mächtiger ist als die Differenz ihrer Lebenschancen und Lebensrisiken.

Die Solidarität, die sich in den uns bekannten solidarischen Sicherungssystemen verkörpert, ruht auf der Erwerbsarbeit, der lebenslangen Partnerbindung der Frau an einen erwerbstätigen Mann und auf dem Normalfall eines Haushalts mit zwei oder mehr Kindern. Diese Grundlagen sind brüchig geworden. Also wäre es angebracht, die Grundlage der Solidarität zu erweitern: Alle Bürgerinnen und Bürger, die ihren Lebensmittelpunkt innerhalb des Geltungsbereichs der Verfassung einrichten, haben das Recht auf einen Mindestanteil am Volkseinkommen und Volksvermögen, der ihnen gestattet, sich an den Prozessen der Meinungsbildung und Entscheidung in einer demokratischen Gesellschaft zu beteiligen. Beteiligung gilt als neuer Name für Gerechtigkeit. Darüber hinaus sichert ihnen die Beteiligung an der gesellschaftlich nützlichen Arbeit einen angemessenen Lebensstandard.

Wie soll diese erweiterte Solidarität finanziert werden? Sie darf nicht allein den Schultern der abhängig Beschäftigten aufgeladen werden. Nicht allein die Löhne sondern alle in der Gesellschaft entstehenden Einkommens- und Vermögensarten sind gemäß der Leistungsfähigkeit der Einkommens- und Vermögenssubjekte beitragspflichtig. Die progressive direkte

Besteuerung mit einem Familiensplitting an Stelle des Ehegattensplitting ist solidarischer als die Mehrwertsteuer oder andere indirekte Steuern. Diese würden nämlich die Haushalte mit Kindern überdurchschnittlich belasten. Die öffentlichen Leistungsansprüche im Risikofall müssen nicht beitragsorientiert sein und können mit privaten Ansprüchen kombiniert werden.

Im Mai und Juni kreist die öffentliche Debatte mehr oder weniger um die rot-grüne Regierungsfähigkeit. Aber es kommen der Sommer und Herbst danach, wenn um die Reformfähigkeit der Gesellschaft gestritten wird, nicht nur um die formalen Bedingungen, sondern um die wirtschafts- und sozialpolitischen Reforminhalte selbst. Das Spiel um die Regierungsfähigkeit mag mit einem Punktsieg für die rot-grüne Regierung, zugunsten der Macht nicht im allgemeinen Interesse, sondern im Interesse der Kapitaleigner, Arbeitgeber und der politischen Eliten ausgehen. Doch das Spiel um die Reforminhalte einer zukunftsfähigen Gesellschaft in Solidarität und Gerechtigkeit hat noch kaum begonnen. Dabei werden Betriebsräte und Gewerkschaften nicht Zuschauer auf der Tribüne bleiben, sondern sich einmischen und mitspielen.

Friedhelm Hengsbach SJ., Frankfurt am Main



: Interview :

Widerstand gegen die Agenda 2 Null 1 Null und Alternativen zum Sozialstaat

Die Bundesanstalt für Arbeit kürzt Leistungen. Gleichzeitig wird sie strukturell umgebaut. Hinzu kommt noch die Umsetzung der „Hartz-Gesetze“. Auch für Insider ist es nicht ganz einfach, die verschiedenen gleichlaufenden Prozesse auseinander zu halten. Der ige stellte Dr. Henning Schierholz, Leiter des Berufsbildungszentrums im Stephansstift in Hannover und Experte für Arbeitsmarkt- und Berufsbildungspolitik für benachteiligte Jugendliche, einige Fragen zu den Konsequenzen für diesen Personenkreis.

ige: Herr Schierholz, viele Jugendliche sind derzeit arbeitslos, Tendenz steigend. Wie setzt sich die Zahl der Jugendlichen zusammen ?

Schierholz: Unter den ca. 582.000 in der Statistik der Bundesanstalt für Arbeit Ende Februar 2003 registrierten jungen Leuten unter 25 Jahren - einem absoluten Rekord in der Geschichte der Bundesrepublik - sind heute gut die Hälfte mit qualifizierter Berufsausbildung; die andere Hälfte hat keine, hat also den berühmten Start ins Berufsleben nicht naht- oder bruchlos hinbekommen. Vielen von diesen Jugendlichen, schon bei PISA als wachsende „Risikogruppe“ identifiziert, ist ein Leben als Beschäftigungsnomade/ in vorgezeichnet; sie werden weder einen Lebensberuf noch irgendeinen Beruf ausüben können. In einem dauerhaft ungeforderten Arbeitsmarkt werden sie unter wirtschaftlichen Wettbewerbsbedingungen ihren Lebensunterhalt nicht verdienen können. Hinzu kommt, dass viele dieser Jugendlichen überproportional einen sogenannten Migrationshintergrund besitzen. Dies wird aber leider politisch bislang nicht ernst genommen. Ein großer Teil von ihnen wird früher oder später einem der sozialen Sicherungssysteme, d.h. Sozialhilfe, Gesundheitswesen oder Justiz anheimfallen.

ige: Bekommen fitte Jugendliche einen Ausbildungsplatz ?

Schierholz: Fit ist, wer von der Wirtschaft für fit gehalten wird - oder aber sich gut verkaufen kann. Das gilt nach wie vor für 70-80% der jungen Leute, wobei aber heute schon größere Teile in „Ausweichberufe“ einmünden und diese irgendwann dann wieder wechseln. Auch wächst - nicht nur bei jungen Leuten - der Unmut über wachsende Hektik und Stress

in der Arbeitswelt. Ich beobachte, dass etliche junge Leute glauben, nur noch durch Konsum illegaler oder legaler Drogen fit zu bleiben. Immer mehr werden - auch dies aber konjunkturabhängig - nicht als fit deklariert und münden eben in eine Ausweichberufsausbildung oder in eines der zahllosen Not- und Sonderprogramme ein, die den Betroffenen, aber auch zahlreichen Experten als Maßnahmedschungel erscheinen müssen. Das Recht auf freie Berufswahl ist auf diese Weise immer mehr eingeschränkt worden. Interessant ist vielleicht auch noch, dass die Einmündungsquote eines SchulabgängerInnen-Jahrgangs in das viel gelobte „duale System“ beruflicher Erstausbildung seit Jahren in den meisten Bundesländern unter 50 % gesunken ist und weiter sinkt.

ige: Wie wirken die „Hartz-Gesetze“ auf die Förderung von Benachteiligten ?

Schierholz: Einige Hartz-Intentionen, etwa die bessere Passgenauigkeit zwischen Berufs- und Arbeitsplatzwünschen und Arbeitsplatzangebot herzustellen, sehe ich nach wie vor positiv. Insgesamt aber sind die Hartz-Konzepte in der gegenwärtigen konjunkturellen Schwäche und der selbstverschuldeten Finanzarmut der öffentlichen Haushalte Gift für einen ohnehin instabilen Arbeitsmarkt, der den vorhandenen Deregulierungs- und Destabilisierungstendenzen speziell für alle Schwächeren Auftrieb verleiht. Die Hartz-Gesetze, also die Umsetzung durch den Deutschen Bundestag, sind überwiegend mit der heißen Nadel gestrickt, so zB. Bildungsgutscheine. Sie haben für die Arbeitsförderlandschaft zugunsten von Benachteiligten und Behinderten vornehmlich negative Konsequenzen, weil sie vor allem Forderungen an die Betroffenen stellen, ohne ihnen deutlich zu machen, wo im Arbeitsmarkt sie denn nach einer entsprechenden Förderung einmünden können.

ige: Wie verändert die Bundesanstalt für Arbeit (BA) ihre Förderpolitik ?

Die BA leidet unter der politischen Vorgabe, ihre bisherigen sozial- und bildungspolitischen Aufgaben und Geschäftsziele aufzugeben und Erwerbslosigkeit vornehmlich unter Kostengesichtspunkten, d.h. Verkürzung von Förderzeiträumen, starke Ausrichtung der beruflichen Bildung an betriebswirtschaftlichen Zielen und die Verschiebung von Terminen des Beginns von Massnahmen, zu bekämpfen. Der Paradigmenwechsel in der Arbeitsförderung, den die Fachwelt deutlich beobachtet, ist durch Kurzatmigkeit, mangelnde Verlässlichkeit, einem nackten Ökonomismus - im Sinne eines Sparens als oberstes Gebot - und einer Orientierung an einem Schein-Arbeitsmarkt gekennzeichnet. Die BA hat darüber hinaus einige schwerwiegende Managementfehler begangen, etwa die monatelange Ablehnung eines Bundeszuschusses für den BA-Haushalt durch den BA-Vorstand, aber auch das Setzen auf neue aber noch unausgereifte

Instrumente der Arbeitsförderung, so z.B. die Abschaffung von ABM/SAM durch die sogenannten Personal-Agenturen, abgekürzt PSA. Hierdurch sind massive Beeinträchtigungen für die Betroffenen aber auch die Träger der Arbeitsförderung im ersten Halbjahr 2003 entstanden, die seitens der BA in den letzten Monaten noch stiefmütterlicher behandelt worden sind als vorher.

ige: Wie sehen Sie die Perspektiven in den nächsten Jahren für die Förderung benachteiligter Jugendliche ?

Schierholz: So schlimm es ist: Aber unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen von Ökonomismus und Konsumismus werden benachteiligte und behinderte junge Menschen - egal ob mit oder ohne formale Qualifikationen - in der Erwerbsgesellschaft nicht mehr gebraucht. Solange die Lebenslüge vom funktionierenden „ersten Arbeitsmarkt“ offiziell aufrechterhalten wird und Strukturreformen gegen Jugendarbeitslosigkeit ausbleiben oder nur halbherzig vorangebracht werden, wird sich die Lebenssituation dieser Menschen in nächster Zeit leider verschlechtern. Die Förderinstrumente für Jugendliche sind eigentlich im Prinzip vorhanden, sie sind aber zu wenig ziel- und ergebnisorientiert. Darüber hinaus existiert ein Verantwortungsdschungel zwischen Bund, Ländern und Kommunen, zwischen den Fördersystemen und ein eklatantes Verantwortungsdefizit der Betriebe, die die Ausbildungslasten politisch geduldet oder gefördert in den letzten Jahren massiv auf den Staat, d.h. berufsbildende Schulen, Jugendberufshilfeträger, Bundesanstalt für Arbeit, abwälzen konnten.

ige: Sie sind auch gewerkschaftlich engagiert: Was fordert der Gewerkschafter Schierholz von der rot-grünen Bundesregierung ?

Schierholz: (lacht) ...nicht nur eine andere Politik, sondern vor allem eine andere Grundeinstellung. Ich sehe nicht, dass die amtierende Bundesregierung noch in der Lage ist, wichtigen Zielvorstellungen des Grundgesetzes, wie „Die Würde des Menschen ist untastbar“ oder „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen“, ausreichend zum Durchbruch zu verhelfen. Ihre Mentalität ist längst dem Grundsatz „Jeder ist seines/ihrer Glückes Schmied“ verpflichtet. Alle Sonntagsreden von „Bildung als Zukunftsaufgabe“ erweisen sich dort als hohl, wo andererseits dem Nomadentum der Beschäftigten und der Prekarisierung der Lebenslagen benachteiligter junger Menschen Tür und Tor geöffnet werden.

ige: Was erwarten Sie von den Gewerkschaften?

Schierholz: Dass sie den Widerstand gegen die „Agenda

2Null 1Null“ fortsetzen und ihre Alternativen von Sozialstaat und sozialer Gerechtigkeit noch deutlicher herausarbeiten. Denn das Grundanliegen der Gewerkschaften ist völlig richtig: Der Umbau des Sozialstaats kann nur gelingen, wenn alle gesellschaftlichen Gruppen gemäß ihrer jeweiligen Leistungskraft dazu beitragen - und nicht vorrangig diejenigen, die ohnehin schon im unteren Drittel des Einkommensgefüges angesiedelt sind. Aber auch in den Gewerkschaften kann das bildungspolitische Engagement in nächster Zeit durchaus noch deutlicher ausgeprägt werden.

Literaturhinweis: Henning Schierholz: Strategien gegen Jugendarbeitslosigkeit. Hannover 2002, 2.Auflage. Verlag edition.jab ISBN-Nr.03-935757-03-4) INJAB - Institut für Jugend-, Arbeitsmarkt- und Bildungsberatung e.V., Postfach 3052, 30030 Hannover; dort ist u.a. auch das o.g. Buch zum Sonderpreis für ige-LeserInnen von 15 plus Porto erhältlich.



: Standpunkt: ÜBRIGENS...

Das Fronleichnamfest verdanken wir einem Traumgesicht der Hl. Juliana v. Lüttich, seine mögliche Abschaffung den Tagträumereien eines gewissen Wolfgang Clement, der vor dem Fest ins Grübeln kam. Für die eine, ihres Zeichens Klosterfrau im Mittelalter, klaffte im katholischen Festkalender noch eine empfindliche Lücke, für den andern, Superminister für Wirtschaft und Arbeit, wird dieser Tag zum Lückenbüßer für die lahrende Konjunktur. Nun musste der Grübler allerdings noch am selben Abend mächtig zurückrudern, als er es mit dem geballten Widerstand von Kirchen und Gewerkschaften zu tun bekam. Was jedoch die Vorsteher der Arbeitgeberverbände, Hundt und Rogowski, nicht hinderte, in sonst seltener Eintracht nicht nur Fronleichnam, sondern gleich die ganze Feiertagsregelung in Deutschland in Frage zu stellen. Kurzum: sie ist gut erholt zurückgekehrt, die gute alte Feiertagsdebatte...

Schon gemerkt, dass unsere Gesellschaft immer mehr betriebswirtschaftlich organisiert und gemanagt wird? Im bescheidenen Regelwerk dieser Wissenschaft mag es ja sinnvoll erscheinen, Arbeitszeit zu verlängern und Mehrarbeit eingefuchsten Stammebelegschaften aufzubürden. Aber wo läuft sie denn, die Mehrarbeit? Wozu denn länger arbeiten, wenn der Absatz stagniert? Und da erkennt man die Absicht und ist verstimmt: verlängerte Arbeitszeit bedeutet, dass in der "Deutschland AG" zukünftig noch weniger Beschäftigte als bisher die gleiche Arbeit tun. Die Herren wären gut beraten, einmal darüber nachzugrübeln, wie wir sieben Millionen Arbeitssuchende in Lohn und Brot bringen könnten. So nicht! Arbeitszeitverlängerung – gleich welcher Kategorie – ist Gift für die Clementinische Vollbeschäftigung.

Darf man bei der Gelegenheit auch noch über ein paar andere Werte nachdenken? Die Arbeit in Deutschland ist hochmobil und hochflexibel geworden – fast rund um die Uhr, rund um den Planeten. Mangelnde Sozialzeit gefährdet Familien und Beziehungen, Kultur und Politik. Vielleicht ist das auch so gewollt. Wenn nicht, dann müsste man zur Kenntnis nehmen, dass Sonn- und Feiertage noch an Bedeutung hinzugewonnen haben. Ohne sie zerfranst das gesellschaftliche Zeitgefüge noch vollends. Wir brauchen mehr denn je ein "Fest-Netz": feste Zeiten, Fest-Zeiten für die andere Seite des Lebens.

Feiertage transportieren kulturelle und religiöse Inhalte über Jahrhunderte hinweg. Vor kurzem erst war die Reue groß, dass man den 17. Juni nach nicht

einmal einem halben Jahrhundert als Feiertag fallen ließ. Nun ist kaum noch eine Erinnerung an die denkwürdigen Ereignisse von damals übrig geblieben.

Die totale Durchökonomisierung einer Gesellschaft bedeutet unweigerlich ihr Ende. Sie wird nicht, zumindest nicht nur von der Ökonomie, sondern von geistig-religiösen Werten zusammengehalten.

Man braucht ja nicht gleich zu übertreiben, aber die Benediktiner entwickelten im Mittelalter bei 20 Wochenstunden und 32 Feiertagen ökonomisch "blühende Landschaften" und eine religiös fundierte Hochkultur. Gewiss - eine komplexe, arbeitsteilige und globalisierte Gesellschaft ist keine Benediktiner-Abtei. Für Herrn Clement hätte ich dennoch einen wohlmeinenden Rat: Ab ins Kloster zum Grübeln, wenigstens für ein paar Tage "Kloster auf Zeit".

Vielleicht erscheint im dann zur Abwechslung mal ein Engel im Traume...

Paul Schobel, Betriebsseelsorger, Stuttgart

: Dokumentation I :

Flexibel sei der Mensch ...

Verhindert die Agenda 2010 soziale Ausgrenzung ?

Pfarrer Franz Segbers, Referent für Ethik beim Diakonischen Werk in Hessen und Nassau, legte kürzlich mit einigen anderen Autoren eine kritische Analyse der sogenannten "Hartz-Gesetze" vor. Segbers stellt in vier Kapiteln diese geplanten Gesetze in einen sozialpolitischen Zusammenhang: 1. Neue aktivierende Sozialpolitik: Arbeitszwang und Niedriglohn, 2. Erste Leitlinie: Flexibel auf den Markt reagieren - die flexible Gesellschaft nach dem Pulsschlag des Marktes, 3. Zweite Leitlinie: Die Kosten der Arbeitslosigkeit reduzieren, 4. Modernisierung in Solidarität und Gerechtigkeit. Der ige dokumentiert das 1. Kapitel mit freundlicher Genehmigung durch Franz Segbers (Red.)



Neue aktivierende Sozialpolitik: Arbeitszwang und Niedriglohn

Blickt man auf die Kernelemente, dann lassen sich Parallelen zu Politiken in anderen europäischen Staaten ausmachen. Diese Parallelen bestehen hauptsächlich in einer Verschärfung im Sinne eines Zwangs zur Arbeitsaufnahme bei gleichzeitiger Ausweitung eines Niedriglohnssektors und Senkung sozialstaatlicher Transfers. Schröder hat in seiner Regierungserklärung vom 14. März 2003 die Grundlinie so bezeichnet: "Wir werden Leistungen des Staates kürzen, Eigenverantwortung fördern und mehr Eigenleistung abfordern müssen." Hartz will mit seinem Konzept eine Neuausrichtung der Arbeitspolitik: "Der Grundsatz 'Fördern und Fordern' sowie 'Keine Leistung ohne Gegenleistung' erhält im Sinn der Neuausrichtung der Arbeitsmarktförderungspolitik zu einer aktivierenden Arbeitsmarktpolitik eine neue Akzentuierung, die im Begriff 'Eigenaktivitäten auslösen - Sicherheit einlösen' zum Ausdruck kommt."

Die Rolle des Staates wird hier neu definiert. Der Staat verabschiedet sich von der bisherigen, der "alten" Politik, durch Geldtransfer den Bürgerinnen und Bürgern in Krisensituationen beizustehen. Dem gegenüber besteht die neue Sozialpolitik darin, die Beschäftigungsfähigkeit von Arbeitslosen dadurch zu fördern, dass sozialstaatliche Leistungen abgebaut und zugleich niedrigentlohnte Arbeit durch Zwang zugemutet wird. Nun richtet sich also die Politik im Kampf gegen Arbeitslosigkeit mit einer Umsetzung des so genannten Hartz-Konzeptes gegen die Arbeitslosen, ja gerade gegen die Schwächsten unter ihnen. Wir erleben seit einigen Wochen eine heftige Auseinandersetzung um die Sozialpolitik, wie sie die Bundesrepublik seit vielen Jahren nicht mehr gesehen hat. Im Zentrum steht dabei die Thematik, mit der wir uns heute beschäftigen wollen, die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe. Dieses Projekt ist Teil eines umfassenden Vorhabens, den Arbeitsmarkt umzubauen. In ihrer Koalitionsvereinbarung haben SPD und GRÜNE den weitreichenden Umbau als das wichtigste Kernprojekt der Bundesregierung beschrieben: "Mit der vollständigen Umsetzung der Kommission 'Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt' beginnen wir die größte Arbeitsmarktreform der Nachkriegsgeschichte. Wir überwinden damit die teilweise lähmenden Auseinandersetzungen zwischen den Sozialpartnern und den politischen Kräften über die richtige Strategie zur Bewältigung der Arbeitslosigkeit. Es besteht endlich die Möglichkeit, eine weitreichende und in sich geschlossene Konzeption umzusetzen, von der alle profitieren."

Im Jahr 2002 waren im Durchschnitt 4,06 Mio. offiziell als arbeitslos gemeldet. Das ursprüngliche Ziel der rot-grünen Koalition, die Arbeitslosigkeit deutlich ab-

zubauen, wurde verfehlt. Sie stieg sogar auf mehr als 4,6 Mio. Menschen. Ein Neuansatz wurde gesucht, den die kurz vor der letzten Bundestagswahl von Schröder einberufene Hartz-Kommission einleiten sollte. Sie versprach dann auch, die Arbeitslosigkeit in drei Jahren zu halbieren.

Über Hartz hinaus

Die Konzepte, die Hartz zur Lösung der Arbeitsmarktkrise vorgelegt hat, sind längst tot. Allenfalls werden einzelne Elemente der Hartz-Kommission ausgeschlachtet. In seiner Regierungserklärung vom 14. März hat Bundeskanzler Schröder angekündigt: "Wir werden den Arbeitsmarkt über die Hartz-Reformen hinaus öffnen." Das aber kann nur heißen, dass die Reformvorschläge von Hartz lediglich eine Zwischentappe auf einem eingeschlagenen Weg sind, den die Bundesregierung konsequent weitergehen will. Die Diskussion um die Zusammenlegung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe ist also wie die Lockerung des Kündigungsschutzes lediglich ein Zwischenschritt. Wohin führt der Weg? Welche Zukunft wird angebahnt?

Die dreizehn Vorschläge der Hartz-Kommission lassen sich in zwei Gruppen einteilen:

- Die eine Gruppe von Vorschlägen, Module genannt, beschäftigt sich mit einer Reform der Arbeitsverwaltung. Sie soll zu einem modernen, effektiven JobCenter werden, das zielgenau Arbeitssuchende nach einem Tiefenprofiling schnell, effektiv und passgenau in neue Jobs vermitteln kann. Diese Vorschläge unterstellen, dass es ein Vermittlungsproblem gäbe und übersehen, dass wir einen Fehlbedarf von ca. 6 Mio. Arbeitsplätzen haben.
- Die zweite Gruppe von Reformvorschlägen betrifft die Arbeitslosen selber. Sie sollen gefördert und gefordert werden zu flächendeckender Leiharbeit oder Arbeit in Niedriglohnbereichen, falls dies nicht möglich ist, dann sollen sie sich als IchAG selber vermarkten.

Welche Grundidee liegt diesem umfangreichen Konzept der Hartz-Kommission zugrunde? Es sind vor allem zwei Leitlinien: Der Arbeitsmarkt soll erstens flexibler werden, und da nicht mehr für alle Arbeit vorhanden ist, sollen zweitens wenigstens die Kosten der Arbeitslosigkeit reduziert werden.

Dr. Franz Segbers Ethikreferent / Diakonisches Werk in Hessen und Nassau

: Dokumentation II :

Das europäische Wirtschafts- und Sozialmodell wetterfest machen

Rainer Hoffmann, Generalsekretär des europäischen Gewerkschaftsbundes erläuterte beim ökumenischen Kirchentag in Berlin die gewerkschaftlichen Leitlinien eines europäischen Wirtschafts- und Sozialmodells. Für den ige formulierte er die gewerkschaftlichen Positionen. (Red.)

In der öffentlichen Debatte wird das europäische Wirtschafts- und Sozialmodell immer mehr in Frage gestellt. Unter dem Druck des neo-liberalen mainstreams werden die Interessen der Anteilseigner und Aktienbesitzer immer mehr zum Maßstab des unternehmerischen Handelns und soziale Werte werden zunehmend den Regeln des freien Marktes unterworfen. Aber auch die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit und die trüben Aussichten für die europäische Wirtschaft, die sowohl durch aktuelle konjunkturelle aber auch durch strukturelle Probleme geprägt sind, stellen das europäische Wirtschafts- und Sozialmodell unter erheblichen Modernisierungsdruck. Insbesondere den Gewerkschaften wird immer wieder vorgeworfen, sie seien « Besitzstandswahrer » und blockieren jegliche Anstrengungen das europäische Wirtschafts- und Sozialmodell, unter den Bedingungen von Globalisierung und Strukturveränderungen wetterfest zu machen. Dabei wird völlig übersehen, dass die Gewerkschaften in Europa immer wieder bewiesen haben, dass sie bereit und in der Lage sind, sich an der Modernisierung des europäischen Gesellschaftsmodells aktiv und konstruktiv zu beteiligen. So wurde die Tarifpolitik ihrer beschäftigungspolitischen Verantwortung in den letzten Jahren durchaus gerecht, wie viele innovative Tarifverträge zeigen. Modernisierung heißt für die Gewerkschaften allerdings nicht Sozialabbau. Modernisierung heißt aus gewerkschaftlicher Perspektive, die aktuellen Herausforderungen anzunehmen, um das europäische Wirtschafts- und Sozialmodell für die Zukunft wetterfest zu machen. Die Gewerkschaften sind sich durchaus den Herausforderungen bewusst, die sich unter anderem aus der demografischen Entwicklung, aus dem Übergang zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft und aus den Anforderungen einer ökologisch und sozial nachhaltigen Entwicklung des europäischen Gesellschaftsmodells ergeben.

Auf dem 10. Kongress des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB), der vom 26. bis 29. Mai 2003 in Prag

stattfind, wurden klare Perspektiven aufgezeigt, wie den Gefährdungen des europäischen Modells wirksam begegnet werden kann. Trotz den nach wie vor bestehenden Unterschieden in den nationalen Sozialmodellen in Europa wurden vom EGB insbesondere die Gemeinsamkeiten hervorgehoben, die Europa von anderen – insbesondere von den US-amerikanischen – Gesellschaftsmodellen unterscheiden. Die Mitgliedsstaaten der EU verfügen nach wie vor über

1. entwickelte Systeme der Sozialen Sicherung ;
2. gewachsene Strukturen industrieller Beziehungen mit sektoralen Tarifverhandlungen und betrieblichen Interessenvertretungen ;
3. Systeme der öffentlichen und privaten Daseinsvorsorge.

Mit diesen drei zentralen Elementen unterscheidet sich Europa von anderen Gesellschaftsmodellen. Als sozial gerechteres und zugleich produktiveres System wird es nach wie vor von anderen Wirtschaftsregionen als soziales Referenzmodell unter den Bedingungen und dem Druck der Globalisierung angesehen. Die jüngsten gesellschaftlichen Auseinandersetzungen wie wir sie zur Zeit vor allem in Österreich, Frankreich, Italien, Spanien und auch in Deutschland erleben, zeigen die politische Hilflosigkeit der Regierungen in Europa. Angeblich ist Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung nur noch auf der Basis von Deregulierung der Arbeitsmärkte und Sozialabbau zu verwirklichen. Demgegenüber haben die im EGB zusammengeschlossenen Gewerkschaften klare Alternativen aufgezeigt. Vor dem Hintergrund des konjunkturellen Abschwungs und der drohenden Inflation kann Europa sich nach Auffassung des EGB nicht län-

ger den Luxus leisten, dass in der Euro-Zone die Geldpolitik durch die Europäische Zentralbank (EZB) betrieben wird und die Mitgliedsstaaten ihre Wirtschafts-, Steuer- und Finanzpolitik weiterhin national betreiben. Die europäischen Regierungen müssen sich vielmehr auf ein koordiniertes Vorgehen zur Stimulierung des wirtschaftlichen Wachstums verpflichten. Das Ziel eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums von drei Prozent, wie es im Rahmen der Lissabon Strategie von den europäischen Staats- und Regierungschefs vereinbart wurde, muss nach Auffassung des EGB konsequent verfolgt werden.

Reformbedürftig ist aus gewerkschaftlicher Sicht der europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt, der die Steuerpolitik der Mitgliedsstaaten wie ein Korsett einengt. In dieser Einschätzung werden die Gewerkschaften von keinem anderen als von dem Präsidenten der Europäischen Kommission, Romano Prodi, unterstützt.

Desweiteren ist es nicht hinnehmbar, dass die Geldpolitik der EZB einseitig dem Ziel der Preisstabilität verpflichtet ist. Geringe Inflationsraten sind durchaus im Interesse der europäischen Bürger und sie tragen zur Einkommenssicherheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei. Allerdings muss die Geldpolitik der EZB ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Preisstabilität und Wirtschaftswachstum sicherstellen. Dies gelingt umso eher, wenn das Inflationsziel zukünftig von demokratisch legitimierten Institutionen, d.h. dem Europäischen Parlament, festgelegt wird. Dringend notwendig sind auch Maßnahmen zur Verhinderung eines schädlichen Steuerwettbewerbs zwischen den Mitgliedsstaaten. Daher spricht sich der



EGB für eine Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit im EU-Rat in allen Steuerfragen mit grenzüberschreitenden Auswirkungen aus. Dies betrifft insbesondere die Kapitalbesteuerung und die Körperschafts- und Energiesteuer. Die Arbeiten des Konvents zur Vorlage eines europäischen Verfassungsvertrages bieten die Möglichkeit, entsprechende Weichenstellungen für die Zukunft vorzunehmen.

Desweiteren unterstreicht der EGB die Notwendigkeit einer effizienten europäischen Koordinierung der Wirtschafts-, Steuer- und Beschäftigungspolitik sowie eines makro-ökonomischen policy-mix, der eine intelligente Kombination von Angebots- und Nachfragepolitik bedeutet. Im verabschiedeten Aktionsprogramm wird dies als « economic governance » bezeichnet.

Das strategische Ziel der Europäischen Union bis zum Jahre 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaftsraum der Welt zu werden, wird nur auf der Basis von hoher Qualität der europäischen Produkte und Dienstleistungen, einer hohen Qualifikation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und hoher sozialer Standards zu verwirklichen sein. Daher ist für den EGB eine Niedriglohnstrategie keine Perspektive für das europäische Sozialmodell. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund der Erweiterung der Europäischen Union. In einem vereinten Europa brauchen wir eine aktive europäische Beschäftigungsstrategie, mit der der soziale Zusammenhalt gewährleistet wird. Europa braucht eine innovative Industriepolitik, die dazu beiträgt, den Strukturwandel zu gestalten und Europa braucht eine Neujustierung der sozialen Sicherungssysteme auf der Basis einer intelligenten Re-Regulierung und nicht auf Basis des schlichten Sozialabbaus.

Mit seinen konzeptionellen Vorschlägen hat der EGB auf seinem Kongress deutlich gemacht, dass es tragfähige politische Alternativen zum neo-liberalen mainstream gibt. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erwarten klare Antworten zur Weiterentwicklung des europäischen Gesellschaftsmodells. Soziale Gerechtigkeit und ökonomische Effizienz, Gleichstellung und Chancengleichheit von Frauen und Männern sind die Fundamente, auf denen die Gewerkschaften ihre politischen Perspektiven aufbauen. Der 10. EGB-Kongress hat dies in vielfältiger Weise deutlich gemacht. Weitere Informationen sind über die homepage des EGB zu erhalten : www.etuc.org

Reiner Hoffmann, Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsbundes



: Dokumentation III:

Gemeinsam gegen den Neoliberalismus

Impressionen vom Kolloquium der GEPO (Europäische Gruppe für Arbeiterpastoral)

Rote Nelken zum Gebet: Portugiesinnen verteilen sie als Hoffnungszeichen am Tag der Nelkenrevolution, dem 25. April. Ermutigung für alle TeilnehmerInnen, immer neu nötig. Denn wir beobachten, zusammengetragen durch Fragebögen und in Arbeitskreisen mit praktischen Beispielen, dass die Eliten den Abbau des Sozialstaates europa- und weltweit als alternativlos verkaufen wollen und oft auch können. Wenn viele kleine Leute ... wie am 25. April 1974 in Portugal.

Achtzig Jahre alte Lokomotiven mit Pressluft betrieben, königlich preußischer Salonwagen im Status des Wiedererstehens: das Arbeitslosenprojekt "Train 1900" wird zur Touristenattraktion im kaputten Stahlrevier am Dreiländereck Belgien, Luxemburg, Frankreich. Und es liegt im reichen Luxemburg. Gefördert von der EU, wie der ehemalige Geschäftsführer des "Europäischen Zentrums für Arbeitnehmerfragen" (EZA), Joachim Herudek betont.

Im französischen Longwy: Eingliederungsprojekt "für jeden der ein Problem am Arbeitsmarkt hat" und das kann ein Strafgefangener ebenso sein wie eine Obdachlose. Zwischen dem Leitungsmitglied der französischen "Mission Ouvrière" und der Projektleiterin kommt es zu einem spannenden Gespräch über die Rolle der Arbeiterpriester und der kommunistischen Gewerkschaft beim Niedergang der Stahlindustrie seit den 60er Jahren. Die Chefin imponiert allen: "Dann fahren wir unsere Mitarbeiter abends halt mal zum Friedhof, wo sie in der Lei-

chenhalle übernachten können.“ Das ist praktisches Christentum, ohne dass es sich so nennt, stellt ein Teilnehmer fest.

Evangelisierung: zuerst die Botschaft von Jesus Christus verkünden und die soziale Realität verändern oder mit-helfen im Kampf für die Schwachen und dies im Na-men des Evangeliums, aber weniger ausdrücklich. Die uralte Frage wühlt auch im Vier-Sterne-Hotel in Pétange (“das ist der billigste und beste Tagungsort für die Arbeiterpastoral im Großherzogtum Luxem-burg”) die Akteure auf. Auslöser ein Vortrag des Bildungsverantwortlichen der spanischen KAB. Seit dem Ritenstreit um die Chinamission: Die Hierarchie neigt besonders in Zeiten schwindenden Einflusses zur Betonung eindeutiger Ausdrucksweisen. Nachdenklich fragt die Vertreterin der GIJOC (das ist die vatikan-treue CAJ) beim Gläschen Rotwein: Hat es deswegen die Spaltung der CAJ gegeben? Und der CAJ-Kaplan aus Turin macht sich Sorgen um die Identität der kirch-lichen Gruppen, wenn man mit attac zusammenarbei-tet.

Den schwindenden Einfluss der institutionalisierten Re-ligionen zeigten Soziologen, die an der dritten Befragungsstaffel der “Europäischen Wertestudie” mit-gemacht hatten. Sie stellten aber auch klar, dass sich die Erwartungen der Europäer an den sozialen Einsatz der Kirchen nicht verändern. Ein Viertel der Befrag-ten schätzte ihn vor 10 Jahren und auch 1999. Da spielt die Entwicklung zur “Religion à la carte”, wie sie europaweit zu beobachten ist, keine Rolle. Bei den Grafiken der Soziologen zeigten sich deutliche Unter-schiede zwischen Nord- und Südeuropa. Kirche ist im Mittelmeerraum wesentlich stärker verankert als bei uns und weiter nach Norden.

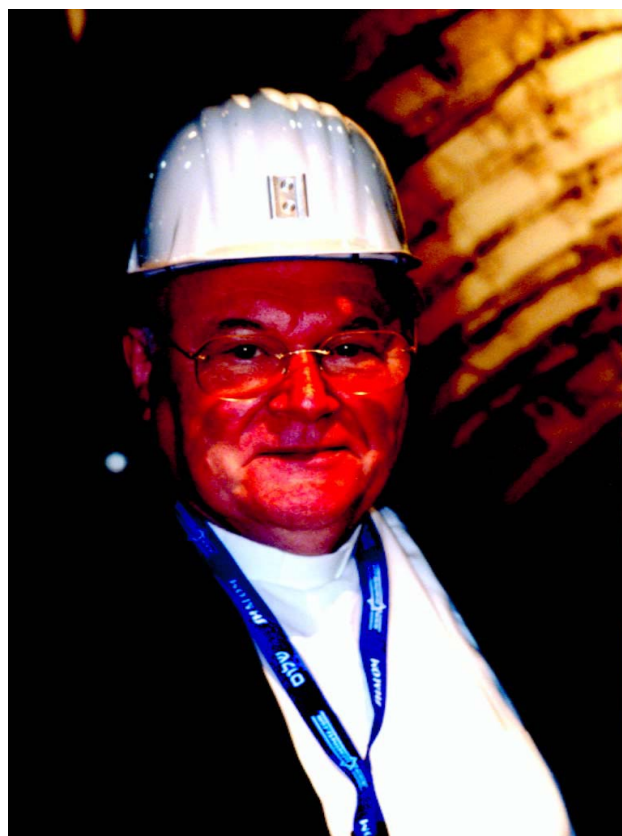
Der maltesische Franziskaner (die Übersetzerinnen schwärmten vom schönsten Mann des Treffens) hatte es bei der Vorstellungsrunde so beschrieben: Wir hö-ren in den Fabriken die Beichte. Beim gemütlichen Beisammensein erklärt er dann, dass das nicht in der Arbeitszeit, sondern in der Mittagspause passiert. Er-staunte Nachfragen beim belgischen Bier auch von einem Vertreter der wallonischen Arbeiterpastoral: Ihr sprecht jetzt dann auf den 1. Mai-Veranstaltungen? Von wem sind die organisiert, von der KAB? Nein, vom DGB. Das gäbe es bei uns nicht mal in der Christlichen Gewerkschaft, dass ein Kirchenangestellter am 1. Mai spricht. So bunt ist die europäische Arbeiterpastoral.

Diese Vielfalt und die engagierten Auseinandersetzun-gen in Arbeitskreisen und Plenumsdiskussionen hat auch der “dienstälteste” Teilnehmer des alle vier Jah-re stattfindenden Kolloquiums mit immer mehr Inter-esse und innerer Teilnahme zu schätzen gelernt. Bern-hard Plümpe vom Sekretariat der deutschen Bischofs-konferenz war seit 1983 dabei. Für seine Verdienste bekam er zum Abschied eine vergoldete Replik der

ersten Wasserwaage der Welt, in Luxemburg hergestellt. Denn der lätzebuergische Schatzmeister der GEPO weiß als gelernter Uhrmacher solche Kostbarkeiten zu fin-den und zu schätzen.

GEPO, ein von der Amtskirche mit nur geringen Beiträ-gen unterstützter inoffizieller Zusammenschluss der in der Arbeitswelt in vielen Formen tätigen kirchli-chen Gruppen und Organisationen: Ein immer wieder bereichernder Austausch. Zwar war es diesmal nur fast gelungen, die Österreicher nach langer Pause wieder zu treffen und die ökumenischen Versuche in Holland zu erleben. Auch in den Ländern des Ostens fehlte die Resonanz. Aber eines steht fest: Nicht nur bei uns gibt es diese Vielfalt geschichtlich gewachsener Be-ziehungen zur Welt der Arbeit. Man bekommt die Au-gen geöffnet dafür, was die Globalisierung und die kirchliche Realität für den Alltag der Menschen be-deutet. Andeutungsweise, aber dennoch beeindruck-nd. Wir vier Deutschen aus der Bundeskommission der Betriebsseelsorge haben viel mit nach Hause ge-nommen.

Siegi Ecker, Betriebsseelsorger, Nürnberg



Manfred Kock, Ratsvorsitzender der EKD vor dem Stand der kda, als gerade fast 50 Bergleute ihre Lieder gesungen haben.

: Dokumentation IV: Das Sozial- und Wirtschaftswort – Modell politischen Wirkens der Kirchen

Thesen /

ÖKT - Workshop 29.05.2003

Auf dem ökumenischen Kirchentag wurde auch über das Sozialwort nachgedacht, ein wenig fern vom Kirchentagsgelände in der Katholischen Akademie. Der Workshop war mit sechzehn Teilnehmern überschaubar besucht.

Frau Professorin Marianne Heimbach-Steins, Sozialethikerin an der Universität Bamberg, gab einen thematischen Impuls, den Hermann-Josef Arentz, CDU-MdL in Nordrhein-Westfalen und Bundesvorsitzender der CDA, und Christel Riemann-Hasewinkel SPD-MdB, Staatssekretärin in der Diskussion aufgriffen. Die Staatssekretärin war als evangelische Christin auch führend beim Sozialwort beteiligt. Frau Heimbach-Steins stellte dem ige ihre Thesen zur Verfügung. (Red.)

1. Mit dem Konsultationsprozess zur Vorbereitung des Gemeinsamen Wortes der Kirchen haben sich die Kirchen in Deutschland für eine *neue Form kirchlicher Sozialverkündigung* bzw. des sozialetischen Sprechens entschieden. Innovativ ist das Verfahren vor allem durch folgende Momente (und ihr Zusammenwirken):
 - *Einladung zu einem breiten gesellschaftlichen Dialog*: dadurch wurde gezielt die Nähe zu den Alltagserfahrungen vieler Menschen und zur Pluralität gesellschaftlicher Wahrnehmung gesucht;
 - *Einbeziehung der Basis*: Anerkennung der Basis als eigenständiges Subjekt kirchlich-sozialetischer Urteilsbildung, Ansatz zu einem partizipationsorientierten Stil der Verständigung;
 - *Transparenz des Verfahrens*: Wahrnehmung von Öffentlichkeit, Veröffentlichung der Stellungnahmen (CD-Rom), Offenlegung des Umgangs mit den eingesandten Stellungnahmen in der Auswertung;
 - *Ergebnisoffenheit des Prozesses*: Konsultation als Lernprozess für die Kirchen; Erwartung einer Veränderungsdynamik, die von dem Prozess selbst ausging, für die Stellungnahme der Kirchen selbst
 - *Ökumene*: Intensivierung der (schon vorher im sozial ethischen Bereich geübten) ökumenischen Zusammenarbeit
2. An diesem Beispiel innovativen kirchlichen Handelns lassen sich bestimmte *Spannungen* ablesen, die für die Einmischung von Kirche in gesellschaftliche Prozesse typisch sind, z.B.:

- Offener Konsultationsprozess – positionelle Stellungnahme in der Verantwortung der Kirchenleitungen
- Kirche als *Dialogforum* – als parteiliche / anwaltschaftliche *Dialogteilnehmerin*
- Kompetenz zur gesellschaftlichen Einmischung – basisgestützte Urteilsbildung. Gegenmodell zur "Expertokratie" der modernen Gesellschaft?

3. Die Frage nach dem Modellcharakter von Konsultationsprozess und Gemeinsamen Wort ist auf drei Ebenen zu stellen:

Für innerkirchliche Prozesse der Urteilsbildung:

- Chance der Bewusstseinsbildung: politische und kulturelle Diakonie als unerlässliche Dimension christlicher Praxis – (Wieder-)Entdeckung der politischen Dimension des Christseins!
- Provokation des partizipatorisch-dialogischen Verfahrens: Kann ein solches Modell der Auseinandersetzung und Verständigung auch innerkirchlich für den Umgang mit Pluralität fruchtbar gemacht werden? ("Streitkultur"). Die Spannung zwischen Einheit und Pluralität, das Ringen um Wahrheit muss in einem offenen Prozess ausgetragen werden dürfen ...

Für die Einmischung von Kirche(n) in gesellschaftlich-politische Urteilsbildungs- und Entscheidungsprozesse:

- Kirche als Teil und / oder Gegenüber der Zivilgesellschaft? Die Kernfrage nach dem Selbstverständnis der Kirche(n) in der modernen Gesellschaft kann nur vom Auftrag der Kirchen her, das Evangelium zu leben und zu verkünden, beantwortet werden: Als Kirche in der Welt ist sie beides: Teil und Gegenüber.
- Kirche als gesellschaftlicher Akteur hat nur eine Chance, wenn klares Profil *und* kommunikative Stärke entwickelt werden.
- Erwartungen an die Kirchen, Moderatorin gesellschaftlicher Prozesse zu sein, ist kritisch zu begegnen: Kirche muss im gesellschaftlichen Diskurs Position beziehen im Sinne ihrer diakonischen und prophetischen Aufgabe; deshalb darf sie sich nicht auf eine Moderatorenrolle beschränken (lassen).
- Kirche hat in der pluralen Gesellschaft eine Chance, als gesellschaftlicher Akteur Gehör zu finden, Vertrauen zu gewinnen und Einfluss zu nehmen. Dazu muss sie für ihre Mitglieder wie für Außenstehende glaubwürdig erscheinen. Ein zentrales Kriterium der Glaubwürdigkeit ist, ob an ihrer eigenen Sozialgestalt erkennbar wird, dass und wie sie sich an den Maßstäben orientiert, die sie in ihrer Sozialethik für die Gesellschaftsgestaltung stark macht.

Für die Einflussnahme der Kirchen auf die staatliche Politik:

- Die Kirchen haben im Gemeinsamen Wort ihr eigenes Handeln mit dem wegen des uneindeutigen Politik-

begriffs vieldiskutierten Slogans "Die Kirchen wollen nicht Politik machen, sie wollen Politik möglich machen" als eher indirekt politisch charakterisiert. Das ist ein wichtiges Signal für die Unterscheidung der Zuständigkeiten und für eine Differenzierung zwischen der Ebene der staatlichen Politik und der eigenen, eher im offenen Raum der Gesellschaft verorteten politischen Verantwortung.

- Zu diesem Modell gehört auch eine zunehmende Distanzierung von früher selbstverständlich vorausgesetzten Affinitäten (und umgekehrt Unverträglichkeiten) zwischen Kirche(n) und bestimmten politischen Parteien.
- Stimmen, die die Wirkung des Gemeinsamen Wortes skeptisch beurteilten ("totgelobt"), haben m.E. diese Unterscheidungen nicht hinreichend berücksichtigt. Die Frage, ob Konsultationsprozess und Gemeinsames Wort ein Modell für das politische Wirken der Kirchen sein können, kann jedenfalls nicht ausschließlich an – kurzfristig ausbleibenden oder eintretenden – Effekten im Bereich der staatlichen Politik, Gesetzgebung etc. entschieden werden.
- Unter den Bedingungen der "Mediendemokratie" werden kirchliche Papiere, wie auch immer sie entstanden sind, nicht "automatisch" Wirkung erzielen, sondern nur unter Aufbietung erheblicher zusätzlicher kommunikativer Bemühungen (Hintergrundgespräche, Direktkontakte mit politischen Verantwortungsträgern etc.)

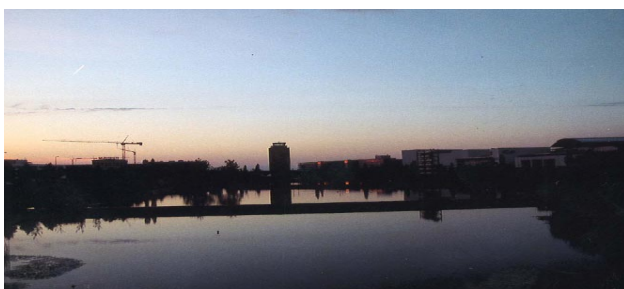
Prof. Dr. Marianne Heimbach-Steins, Universität Bamberg

Literatur:

Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit. Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland. Eingeleitet und kommentiert von Marianne Heimbach-Steins und Andreas Lienkamp (Hrsg.) unter Mitarbeit von Gerhard Kruip und Stefan Lunte, München 1997.

Marianne Heimbach-Steins, Einmischung und Anwaltschaft. Für eine diakonische und prophetische Kirche, Ostfildern 2001.

Judith Wolf, Kirche im Dialog. Sozialethische Herausforderungen der Ekklesiologie im Spiegel des Konsultationsprozesses der Kirchen in Deutschland (1994 – 1996), Münster 2002 (Ethik im theologischen Diskurs/Ethics in Theological Discourse, Bd. 3)



Aus der Redaktion



Ökumenischer Kirchentag, Veranstaltungen für Agenda 2010 von den diversen Gruppen, Grüppchen oder Sammelstellen für Anzeigenkampagnen oder gegen Agenda von Teilen der Gewerkschaften, der Kirchen und anderer gesellschaftlicher Gruppen, Diskussion über die Gesundheitsreformen, Rentenkassen, Bildungsziele und -inhalte sind nur einige Themen, mit denen wir alle täglich konfrontiert werden. Hinzu kommt der tägliche Test, welche Grausamkeiten welche Bevölkerungsgruppe vielleicht bereit ist zu tragen. Konfusion nicht nur bei der Bundesregierung, auch die Oppositionsparteien CDU/CSU holen hier mit Riesenschritten die Bundesregierung ein. Fast jeder Regierungschef eines Bundeslandes hat eigene (partei-)politische Ziele, die nicht einmal allen Insidern sich erschließen. Ein wenig Bewegung ist in die Einschätzung der Stabilitätskriterien gekommen; sogar eher neoliberale Ökonomen halten sie für mehr oder weniger politisch gesetzt. Vielleicht ergibt sich mit dem neuen französischen EZB-Präsidenten eine leicht veränderte, stärker makroökonomisch orientierte Politik, die sich nicht nur am Inflationsrisiko orientiert.

Spannend auch die Diskussion in den Gewerkschaften: wahrscheinlich passen die Etiketten „Reformer“ und „Traditionalist“ nicht genau, sind eher undifferenzierte Außensichten. Allerdings gibt es zumindest in der IG Metall eine verstärkte Diskussion, ob sich die IG Metall stärker von den Verbindungen zur SPD lösen sollte. Gleichzeitig beschreiben Zwickel und - viel präziser Huber -, dass die IG Metall nicht unbedingt die „Mitte der Belegschaften“ erreicht. Die Angestellten u.a. sind nur unterdurchschnittlich organisiert. Bei AUDI - eher eine Ausnahme - immerhin um die 50 Prozent. Doch auch den Kirchen stehen nicht ganz einfache Zeiten bevor: Die Nachwuchsriege der CDU/CSU ist nicht ganz so offen für kirchliche Themen wie die bisherigen Führungsspitzen. Von der katholischen oder evangelischen Soziallehre geprägte Politiker wie Horst Seehofer oder Johannes Rau gelten fast schon als Relikte.

In dieser Ausgabe gibt es zum ersten Mal die Rubrik Standpunkt, hier werden abwechselnd die Herausgeber zu aktuellen Themen Stellung nehmen.

Die nächste Ausgabe wird eine Doppelausgabe sein.

Gerhard L. Endres

: Zahlen- Fakten- Trends:

Katholische Betriebsseelsorge kritisiert „prekäre Arbeitsverhältnisse“

Auf ihrer Jahreskonferenz in München kritisierten die katholischen Betriebsseelsorger Süddeutschlands die Zunahme ungeschützter Arbeitsverhältnisse. Allein im Dienstleistungssektor arbeiteten 38 Prozent aller Arbeitnehmer entweder in Zeitarbeit, Scheinselbständigkeit, in befristeten oder geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen. Diese Art von Arbeitsverhältnissen erlaubten den Arbeitnehmer keine Zukunftsplanung und beeinträchtigten die Partnerschaft und die Gründung einer Familie. Aus der Sicht der Betriebsseelsorger garantieren diese Jobs kein existenzsicherndes Einkommen und führten viele Menschen in die Schuldenfalle und an den Rand der Armut. Viele müssten - wie in den USA - mehrere dieser Billig-Jobs annehmen. Doch die Zunahme dieser ungesicherten Jobs führe auch zu einem Klima der Angst in den Betrieben und zur Spaltung der Belegschaften. Hinzu komme, dass gesicherte Arbeitsplätze in Mini-Jobs verwandelt würden: „Wir befinden uns auf dem Weg in eine gesplante Gesellschaft“, so die Meinung der Betriebsseelsorger. Die Betriebsseelsorger forderten alle Politiker auf, die Zahl befristeter Arbeitsverhältnisse und der Mini-Jobs zu begrenzen. In Kirche und Gesellschaft werden sie in Zukunft noch deutlicher die Gefahr dieser Beschäftigungsformen für die Arbeitnehmer zu verdeutlichen. Die Betriebsseelsorger wollen in Zukunft die Arbeitnehmer dieser Jobs noch stärker ansprechen und sich mit ihnen für die Verbesserung ihrer Arbeits- und Lebenssituation einsetzen.

Kontakt: Katholische Betriebsseelsorge Süddeutschland, Sprecher Diakon Erwin Helmer, Waisenhausstr.1, 82362 Weilheim

Kanal-K-Sorgentelefon e.V.

Zur finanziellen Unterstützung der Fernfahrerseelsorge haben die Diözesen Augsburg, Rottenburg-Stuttgart und München-Freising einen Verein gegründet. Der Verein finanziert sich über Spenden. Bis zur Anerkennung der Gemeinnützigkeit von Seiten des Staates verbleibt das Spendenkonto weiterhin bei der CAH München.

CAH-Diözensanverband München und Freising e.V., Pettenkoferstr. 8/V, 80336 München, KontoNr. 372326-809, Postgiroamt München BLZ 70010080 Kennwort Kanal-K

Kanal-K ist jeden Mittwoch von 18.00 - 22.00 Uhr telefonisch erreichbar: 01805-526255

E-Mail: sorgentelefon@kanal-t.de

Sozialaufruf von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern

Im Anschreiben heißt es u.a. „unter dem Druck von steigender Arbeitslosigkeit und wachsenden

Finanzierungsdefiziten in den öffentlichen Haushalten gewinnt eine Strategie die Oberhand, die die Wirtschafts- und Arbeitsmarktkrise durch massive Einschnitte in den Sozialstaat lösen will. In diese Richtung zielen die angekündigten Maßnahmen der Bundesregierung im Rahmen der Agenda 2010 sowie die noch darüber hinausreichenden Forderungen von CDU/CSU. Insgesamt hat sich - gestützt durch die Berichterstattung in den Medien und den Mainstream der (wirtschafts-)wissenschaftlichen Politikberatung - eine Stimmung breit gemacht, die den Sozialstaat mit seinen Prinzipien und Leistungen als den eigentlichen Verursacher der Probleme ausmacht und deshalb tiefe Einschnitte für erforderlich hält, und zwar nach der Devise „Je radikaler, desto besser“. „Daher sei es an der Zeit diesen Tendenzen entgegen zu treten.“

Kontakt: Gerhard Bäcker, E-Mail: baecker@uni-duisburg.de

: Namen sind Nachrichten :

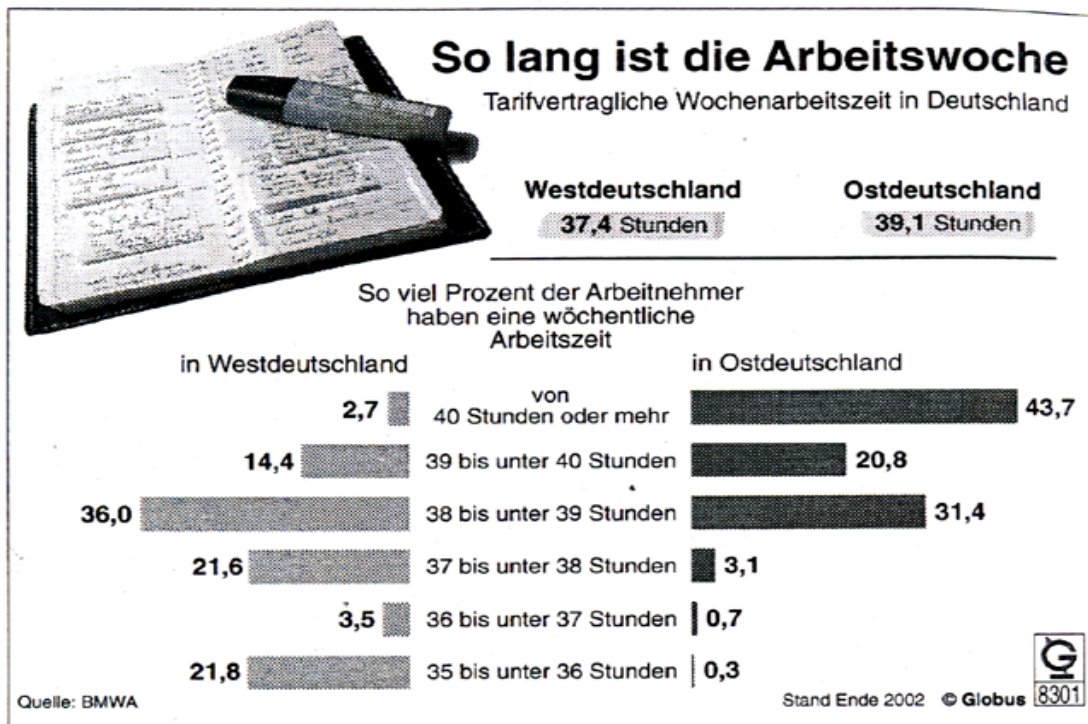
Johano Strasser, Präsident des P.E.N.-Zentrums Deutschland,

sieht bei den Gewerkschaften auf drei großen Feldern Reformbedarf: „erstens: Sie haben in ihrer allgemeinen politischen und tarifpolitischen Arbeit noch immer nicht angemessene Konsequenzen aus der tiefgreifenden Veränderung der Arbeitswelt gezogen. Zweitens: Sie verhalten sich gegenüber den zumeist neoliberal geprägten Vorschlägen zur Reform des Sozialstaats fast immer defensiv, statt eigene Konzepte zum Umbau des Sozialstaats zu entwickeln und offensiv zu vertreten. Drittens: Sie haben sich in ihrer Organisationsweise immer noch nicht auf die postindustrielle Struktur der Arbeit, die Veränderung der Berufsmuster und Erwerbskarrieren, die Zwänge zur Flexibilisierung und Individualisierung der Arbeit und des Lebens eingestellt. Ja, teilweise hat die letzte Organisationsreform die Voraussetzungen für gewerkschaftliche Arbeit sogar erheblich verschlechtert.“ (Zitat aus den Gewerkschaftlichen Monatsheften 5/2003)

: Bücher - Infos - Broschüren :

Memo-Forum: 35-Stunden-Woche Ost/ideologische Verteufelung der Gewerkschaften

Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Postfach 330447, 28334 Bremen, <http://www.memo.uni-bremen.de>



In Berlin ist es am auffälligsten: Der West- Kollege geht in den Feierabend, der Ost- Kollege muss noch arbeiten. In West- Deutschland ist die tarifliche Wochenarbeitszeit kürzer als in Ost- Deutschland. Doch hinter den Durchschnittswerten verbergen sich sehr unterschiedliche persönliche Arbeitszeiten. Ein Fünftel aller West- Arbeitnehmer arbeitet weniger als 36 Stunden und fast die Hälfte arbeitet weniger als 38 Stunden. Im Osten arbeiten viele Arbeitnehmer über 40 Stunden in der Woche, allerdings ist auch die Arbeitslosigkeit fast doppelt so hoch wie im Westen. Doch die offiziellen Durchschnittswerte weichen im Westen wie im Osten oft von den tatsächlich gearbeiteten Arbeitszeiten ab. Im Westen gibt es in den so genannten modernen Betrieben die „Vertrauensarbeitszeit“, so mancher arbeitet dann erheblich mehr als die tarifvertragliche Arbeitszeit, nur um seinen Job nicht zu gefährden. Viele Arbeitnehmer arbeiten am Rande ihrer körperlichen und seelischen Grenze und Kräfte. Das so genannte Burn-out-Syndrom ist nicht nur bei Seelsorgern, Ärzten, Lehrern und Sozialarbeitern weit verbreitet. Die Gewerkschaften beginnen gerade wieder, stärker die Qualität der Arbeit zu diskutieren.

Die Länge der Arbeitszeit besagt noch nichts über die Güte der Arbeit. Innovation geschieht nicht immer am Schreibtisch im Betrieb, vielleicht ist die mangelnde Flexibilität der von den Arbeitnehmern bestimmten Arbeitszeit oft ein wesentlicher Faktor für krankheitsfördernde Prozesse. Arbeitnehmer wollen über ihre Arbeitszeit bestimmen können, selbstbestimmte Arbeitszeit ist produktiver als von den Arbeitgebern bestimmte Zeit. Doch die Flexibilität der Arbeitgeber endet oft bei der Notwendigkeit, sich selbst gegenüber den Arbeitnehmern und den Betriebsräten flexibel zu zeigen. Doch von den Arbeitnehmern mitbestimmte Arbeitszeiten fördern Verantwortungsbewusstsein und Innovation. Die Verfügbarkeit über die Zeit, über die Arbeitszeit ist immer auch ein Ausdruck von Macht und Herrschaft. In Zeiten von Massenarbeitslosigkeit benötigt es viel Weitsicht und Bereitschaft, die zeitlichen Interessen der Arbeitnehmer zu berücksichtigen. Die weit verbreitete Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes drängt viele Arbeitnehmer zur Hinnahme auch von persönlich stark belastenden Arbeitszeiten. Auf Dauer wird damit allen geschadet.

: TERMINE :

8.-12. September 2003 Freiburg**Mediation – ein Verfahren zur Konfliktlösung****29. September – 2. Oktober 2003 Freiburg****Moderation von Konferenzen, Teams und Projektgruppen**

Anmeldung jeweils bis 30. Mai 2003
 Deutscher Caritasverband – Fortbildungsakademie
 Postfach 420, 79004 Freiburg Tel. 0761-200-0
 Fax: 0761-200-199 Christine.rautenberg@caritas.de

**9. September 2003 Düsseldorf, 10.00 - 17.00 Uhr
 Workshop Lokale Infrastruktureinrichtungen Arbeit, Gestaltung, Partizipation**

Ergebnisse aus dem Forschungsprojekt „Eigenarbeit und bürgerschaftliches Engagement“ u.a. Gerd Mutz und Susanne Korfmacher

Anmeldung bis 24. August 2003 an:

Münchener Institut für Sozialforschung Außenstelle Berlin, Kollwitzstr. 54, 10405 Berlin Tel: 030-44352099

E-Mail: susanne.korfmacher@sozialforschung.org

9/10. Oktober 2003 Bonn
Nachhaltige Bildung - Hochschule und Wissenschaft im Zeitalter der Ökonomisierung

Das Forum Hochschule und Kirche der Deutschen Bischofskonferenz lädt ein.

Infos unter: www.fhok.de/fhk

2. November 2003 – 27. Oktober 2004 Köln
49. Jahreskurs Sozialsekretär/-in staatlich anerkannt

Kontakt: Katholisch-Soziales Institut der Erzdiözese Köln
 Herr Walter Boscheisen, Selhoferstr. 11, 53604 Bad Honnef
 Tel. 02224-955125 Fax: 02224-955-100 E-Mail: boscheisen@ksi.de www.ksi.de

**10.-15. November Bischof-Benno-Haus/
 Schmochtitz bei Bautzen**
**Visionen und Aktionen im politischen Alltag -
 von der inneren Kraft der Sozialverbände**

240 Euro Anmeldung: Katholisch-Soziale Institut der Erzdiözese Köln, Selhofer Str. 11, 53604 Bad Honnef

13.-14. November 2003 München

Wandel als Chance

Forum Caritas München

Institut für Bildung und Entwicklung im Caritas -
 verband der Erzdiözese München und Freising, Hirten
 str. 4, 80335 München Tel. 55169-203/261 Fax: 089-
 55169-370 Institut@caritasmuenchen.de

14/15. November 2003 Freising
**Unser täglich Brot gib uns heute - Wie werden
 nationale und internationale Akteure ihrer Verantwortung gerecht ?**

20 Euro Anmeldeschluss: 30.10.2003

Kardinal-Döpfner-Haus, Bildungszentrum der Erzdiözese
 München-Freising, Domberg 27, 85354 Freising

Tel.: 08161-181-0, Fax: 08161-205 E-Mail: info@bildungszentrum-freising.de

12.-14. Dezember Loccum
Friedenstheorie-Orientierungen für Friedenspolitik und Friedensarbeit

In der durch Globalisierungs- und Fragmentierungsprozesse geprägten Welt sind die Menschen durch vielfältige Gefährdungen des Friedens herausgefordert. Friedenspolitik und Friedensarbeit müssen neu entworfen werden. Welche theoretischen Orientierungen kann die Friedenswissenschaft dafür anbieten ? Tagung in Kooperation mit dem Arbeitskreis Theorie der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung.

Ausführliche Einladung usw. :

Evangelische Akademie Loccum, Postfach 2158, 31545 Rehburg-Loccum, Tel.: 05766-81-0 (Zentrale),

E-Mail: eal@evlka.de

Homepage: <http://www.loccum.de>

IMPRESSUM

Der **ige** wird getragen von der Leserinitiative Pubik e.V. und dem Studienkreis „Christliche Gesellschaftsethik“. Herausgeber im Auftrag des „Netzwerk Gesellschaftsethik“ e.V.: Harald Pawlowski, Paul Schobel und Hans Ludwig. Redaktion (verantwortlich): Gerhard L. Endres, Caroline-Herschel-Str. 25, 81829 München, Tel. 089/94539760, Fax 089/94539761, e-mail: glendres@aol.com. Schlussredaktion: Eva Schmidt, Vohenstrauß Druckerei: Komplan, R. Biechteler GmbH, Griegstraße 9, 80807 München, Telefon 089/3591088. Verlag und Bezugsadresse: Netzwerk Gesellschaftsethik e.V., c/o Gerhard L. Endres, Caroline-Herschel-Straße 25, 81829 München, Telefon 089/94539760, Fax 089/94539761, e-mail: glendres@aol.com.

Bezugspreis: Bei Bezug über die Post 25 Euro pro Jahr, als pdf-Datei per e-mail 20 Euro pro Jahr, Förder-Abo 30 Euro, Gruppen-Abos nach Vereinbarung.

Konto: Netzwerk Gesellschaftsethik Nr. 2301628 Liga-Bank München, BLZ 750 90 300,

Die Redaktion macht sich die Inhalte der aufgeführten Links nicht zu eigen, sondern weist nur auf deren Existenz hin. Für die Inhalte von Links im Internet ist die Redaktion nicht verantwortlich.

Die Redaktion übernimmt keine Gewährleistung für fremde Inhalte.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeber bzw. der Redaktion wieder.